

Parlamentarischer Vorstoss

☐ Motion

☒ *DRINGLICHES*
Postulat

☐ Interpellation

☐ schriftlich

☐ mündlich

Eingereicht von: Martin Würmli (CVP), Franziska Wenk (Grüne), Albert Rüesch (FDP), Karin Winter-Dubs (SVP), Pascal Kübli (JUSO)

Titel: Hat St. Gallen ausgeKUGLt?

Mit Urteil vom 18. März 2010 kam das Verwaltungsgericht des Kantons St. Gallen zum Schluss, dass ein Betrieb wie das „KuGl“ in der Wohn-Gewerbe-Zone nicht zonenkonform sei. Der Entscheid des Verwaltungsgerichts ist aufgrund eines Formfehlers in der Zwischenzeit in Rechtskraft erwachsen. Dies bedeutet wohl das Aus für das „KuGl“.

Die Stadt St. Gallen versteht sich als kulturelles Zentrum der Region. Dazu gehört ein vielfältiges Angebot für die verschiedensten Gruppen mit ihren Ansprüchen. Unter anderem müssen auch für junge Leute und Jugendliche entsprechende Angebote zur Verfügung stehen. Der gesellschaftliche Wandel der letzten Jahre hat dazu geführt, dass Veranstaltungen für die junge Generation weit in die Nacht und oft bis in die Morgenstunden dauern. Die Stadt trägt diesem Wandel durch verschiedene Massnahmen Rechnung, beispielsweise durch eine zeitliche Ausdehnung des öffentlichen Verkehrs. So ist es gelungen, die Altstadt zu beleben, Jugendliche anzusprechen und sie in der Stadt zu behalten.

Das „KuGl“ wurde 2003 von einer Gruppe initiativer Jugendlicher gegründet, die Räumlichkeiten mit viel Engagement gestaltet. Mit viel Idealismus konnte über all die Jahre ein Angebot bereit gestellt werden, dass offensichtlich einem Bedürfnis entspricht – davon zeugt der anhaltende Erfolg des „KuGl“. Leider sind Veranstaltungen, wie sie im „KuGl“ stattfinden auch mit Immissionen verbunden, die für Betroffene störend sein können. Die vollkommene Unterbindung solcher Veranstaltungen ist aber eine einseitige, radikale Massnahme und eigentlich keine Lösung. Vielmehr kommt es zu einer Verschiebung des Problems: Wenn solche Veranstaltungen in Zukunft in der Stadt nicht mehr möglich sind, besteht die Gefahr, dass Ausgangsmöglichkeiten nur noch in Industriezonen am Stadtrand bestehen. Dies hätte verschiedene nicht wünschenswerte Folgen, wie man sie von peripheren Einkaufszentren bereits kennt: einerseits würden die Angebote nicht oder nur schwierig mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sein, andererseits würde sich die Innenstadt immer mehr entleeren oder die Leute gar auf andere Städte ausweichen. Auch besteht die Gefahr, dass die Jugendlichen, die in St. Gallen „festsitzen“, einfach in der Innenstadt herumhängen müssen, was sicher auch nicht im Sinne der Anwohner wäre.

Die Postulanten sind sich bewusst, dass sich der Entscheid insbesondere auf kantonale und bundesrechtliche Normen stützt. Dennoch muss es Möglichkeiten und Wege geben, um sinnvollere Lösungen zu finden, als solche Angebote für junge Leute einfach zu verbieten. Es ist deshalb zu prüfen, ob gesetzliche Grundlagen oder Reglemente aufgrund des Gerichtsentseides anzupassen sind, um solche Angebote auch künftig zu ermöglichen. Aus diesem Grunde wird der Stadtrat eingeladen, Bericht zu erstatten, welche Massnahmen sich nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichts aufdrängen. Die Beantwortung des Postulates soll auch aufzeigen, ob sich im konkreten Fall des „KuGl“ nur Einzelne an den Immissionen stören oder ob es sich um ein allgemeines Problem handelt und wie den verschiedenen Bedürfnissen genüge getan werden kann. Alles in allem geht es vorliegend nämlich um die Grundsatzfrage, wie der Stadtrat Urbanität definiert und was in unserer Stadt möglich sein soll und darf.

Datum: 8. Juni 2010

Unterschrift:



www.stadt.sg.ch

F. Wenk
A. Rüesch
K. Winter-Dubs